

C009: Privatisierung im Bildungsbereich eindämmen

Laufende Nummer: 030

Antragsteller_in:	DGB-Bundesjugendausschuss
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	C - Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat

Privatisierung im Bildungsbereich eindämmen

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

Ein gut ausgestattetes Bildungssystem und kostenfreie Bildungsangebote sind Grundvoraussetzung dafür, dass Bildung einen zentralen Beitrag zu einer sozialen, demokratischen und inklusiven Gesellschaft leisten kann.

Der Staat hat die Aufgabe, das Recht auf Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern abzusichern. Die schlechte finanzielle Ausstattung des gesamten Bildungssystems hat der Privatisierung in diesem Bereich Vorschub geleistet.

Private Schulen und Hochschulen sind auf dem Vormarsch, öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) zwischen Schulen/ Hochschulen und Unternehmen nehmen zu und erfolgreiche Arbeitgeberlobbyarbeit z.B. in Baden-Württemberg hat zur Einführung des Faches Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung (WBS) zunächst ohne Beteiligung von Gewerkschaften und Fachverbänden geführt.

Der DGB fordert deshalb deutlich mehr Investitionen in Bildung! Die staatlichen Bildungsausgaben sollten mindestens den OECD- Durchschnitt erreichen und das Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Bildungsgebühren lehnen wir ab.

Die zunehmende Privatisierung organisiert das Bildungswesen nach einer „zwei Klassen-Logik“, lässt Bildungsgebühren vermeintlich salonfähig erscheinen und widerspricht dem gewerkschaftlichen Anspruch auf „gute Bildung für alle“.

Wir fordern:

- das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abzuschaffen.
- die öffentliche Bildung zu stärken und Privatisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge im Bildungsbereich zu beenden.
- befristete Programme, wie die Hochschulpakete, in dauerhafte Bundeszuschüsse zu überführen.
- die Unabhängigkeit der Schulen von Unternehmen. Unternehmen dürfen keinen Einfluss auf Lerninhalte nehmen.
- eine Überprüfung der staatlichen Bezuschussung für Projekte von Arbeitgeberverbänden.